

Pressemitteilung

Immobilienwirtschaft hat hohe Erwartungen an „Brüssel“/ZIA-Präsidentin Iris Schöberl: „Der nun angekündigte Fokus auf Bürokratieabbau, Finanzierung und Wettbewerbsfähigkeit ist für Europa überfällig“

Berlin/Brüssel, 12.2.2025 – Die Immobilienwirtschaft verbindet mit dem „Work Programme“ der Europäischen Kommission hohe Erwartungen. „Der nun angekündigte Fokus auf Bürokratieabbau, Finanzierung und Wettbewerbsfähigkeit ist für Europa überfällig“, kommentierte ZIA-Präsidentin Iris Schöberl die Pläne von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen. Die Signale für eine spürbare Vereinfachung regulatorischer Anforderungen und Berichtspflichten, die Stärkung der Finanzierungsmöglichkeiten plus die Förderung eines wettbewerbsfähigen Binnenmarktes seien „zwingend, damit Europa angesichts der Entwicklungen in den USA und anderen Teilen der Welt in den nächsten Jahren nicht ökonomisch abgehängt wird“.

Die geplanten Omnibus-Vorschläge zur Vereinfachung bestehender Gesetze sollen – in Fragen von Nachhaltigkeit wie auch von Finanzierung – Berichtspflichten um 25 Prozent reduzieren und Unternehmen so entlasten. Zudem soll der verstärkte Einsatz digitaler Verfahren Genehmigungen beschleunigen. „Jetzt ist es entscheidend, dass die Pläne der Kommission nicht nur Lippenbekenntnisse bleiben, sondern unverzüglich umgesetzt werden“, drängt Schöberl. „Der ökonomische Abwärtstrend muss gestoppt werden, und das geht nur mit weniger Bürokratie und besseren Investitionsbedingungen.“

Auch der Aufbau der „Savings and Investment Union“, der darauf zielt, mehr Kapital für nachhaltige und innovative Projekte zu mobilisieren, ist aus Sicht der Immobilienwirtschaft eminent wichtig. Dazu sollen Finanzierungsinstrumente vereinfacht und Investitionshürden gesenkt werden. Zudem sollen im neuen EU-Haushaltsrahmen strategische und innovative Projekte gezielt unterstützt werden. „Die Immobilienwirtschaft braucht verlässliche Finanzierungsstrukturen und Förder-Angebote, um die dringend notwendige Bau- und Modernisierungsprojekte voranzutreiben, vor allem im Wohnungsbau“, erklärt Schöberl. Auch der Binnenmarkt soll durch Abbau regulatorischer Fragmentierung gestärkt werden. „Europa kann es sich nicht leisten, durch überregulierte und uneinheitlich umgesetzte

Vorgaben Investitionen abzuwürgen“, so Schöberl. „Die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts steht auf dem Spiel.“

Der ZIA fordert in seinem engen Dialog mit den europäischen Institutionen seit langem eine konsequente Umsetzung dieser Maßnahmen, um die Wettbewerbsfähigkeit der Union nachhaltig zu sichern.

Der ZIA

Der Zentrale Immobilien Ausschuss e.V. (ZIA) ist der Spitzenverband der Immobilienwirtschaft. Er spricht durch seine Mitglieder, darunter mehr als 30 Verbände, für rund 37.000 Unternehmen der Branche entlang der gesamten Wertschöpfungskette. Der ZIA gibt der Immobilienwirtschaft in ihrer ganzen Vielfalt eine umfassende und einheitliche Interessenvertretung, die ihrer Bedeutung für die Volkswirtschaft entspricht. Als Unternehmer- und Verbändeverband verleiht er der gesamten Immobilienwirtschaft eine Stimme auf nationaler und europäischer Ebene mit Präsenz in Brüssel, Wien und Zürich – und im Bundesverband der deutschen Industrie (BDI). Präsidentin des Verbandes ist Iris Schöberl.

Kontakt

ZIA Zentraler Immobilien Ausschuss e.V.

Leipziger Platz 9

10117 Berlin

Tel.: 030/20 21 585 17

E-Mail: presse@zia-deutschland.de Internet: www.zia-deutschland.de

